

**Anfrage**

Nachdem sich die Groupe E vergangenes Jahr zu 50% am Bau eines Gas-Kombikraftwerks in Timelkam (Österreich) beteiligt hat, meldet nun die Groupe E in der *Liberté* vom Freitag, den 9. Mai, eine Investition von 162 Millionen Franken in ein Kohlekraftwerk in Norddeutschland. Diese Entwicklungspolitik der Groupe E gibt uns in verschiedener Hinsicht zu denken und wir möchten dem Staatsrat deshalb die folgenden Fragen stellen.

Zu einem Zeitpunkt, da der Bund sich darum bemüht, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren und das kantonale Energiegesetz die Grundsätze für die nachhaltige Entwicklung erneuerbarer Energien festlegt, ist der Staatsrat mit dieser Investition in einen unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes sehr umstrittenen Herstellungsprozess und mit der Unternehmenspolitik dieser Firma einverstanden, deren Hauptaktionär er ist?

Während sich Freiburg über den Erfolg von Energissima als Ausstellungsort und Kontaktschmiede freut, weil die Messe für die lokalen Unternehmen eine zukunftssträchtige Plattform darstellt, ist die Elektrizitätsversorgung des Kantons so sehr gefährdet, dass diese Investition Vorrang vor der Forschung an neuen, eigenen Produktionsmitteln erhält? Wäre es nicht besser, mehr in die Filiale "Greenwatt" der Groupe E zu investieren, die im November 2007 gegründet wurde, um die Jahresproduktion von erneuerbaren Energien zu erhöhen, deren Zunahme zurzeit auf den Verbrauch von 2500 Haushalten angesetzt ist?

Während der Kanton Freiburg die Wirtschaftsförderung finanziell unterstützt, um Unternehmen in unserem Kanton anzusiedeln, macht das Unternehmen, das sich als einer der vier „Pfeiler der Freiburger Wirtschaft“ präsentiert, Grossinvestitionen in Deutschland. Hat der Staatsrat zu dieser Entwicklung eine positive Stellungnahme abgegeben?

Kürzlich hat die Groupe E in einer Medienmitteilung (14.04.08) auf den starken Anstieg der Energiezukaufskosten auf dem europäischen Markt und auf Schwierigkeiten infolge der Überlastung der grenzüberschreitenden Netze hingewiesen. Weiter gibt es zu verlauten: "Die Nähe des Produktionsstandorts ist ein wichtiges Element der Versorgungssicherheit". Wie erklärt der Staatsrat die anscheinend plötzliche Kehrtwende des Unternehmens bezüglich seiner Prioritäten?

13. Mai 2008

**Antwort des Staatsrats**

Im Rahmen der Öffnung des Elektrizitätsmarkts und in Anwendung des Gesetzes vom 11. September 2003 über die Elektrizitätsversorgung, sind die Versorgungsunternehmen verpflichtet, die Endverbraucherinnen und -verbraucher auf ihrem Netzgebiet mit Elektrizität zu versorgen. Mit etwa 1000 Millionen kWh, die die Groupe E durch Eigenproduktion auf ihrem Netzgebiet und durch Beteiligungen in der Schweiz gewinnt, deckt sie nur einen Drittel des Verbrauchs. Die übrigen 2/3 der Versorgung, das sind etwa 9-mal die Produktion des Greizersees, muss sie durch kurz- und mittelfristige Käufe auf der europäischen Energiebörse decken. Der Preis dieser gekauften Energie schwankt stark je nach Angebot und Nachfrage und auch die primären Energiequellen, aus der sie produziert wird, kann nicht

eindeutig identifiziert werden. Betrachtet man die europäischen Stromproduktionsanlagen, so kann festgestellt werden, dass 25% der Elektrizität durch Kohlekraftwerke produziert wird. Weltweit liegt dieser Anteil sogar bei 40% und in Deutschland bei 49%. Im Kanton Freiburg beträgt dieser Anteil 17% (gemäss Angaben der Groupe E).

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Staatsrat die gestellten Fragen wie folgt:

1. Ist der Staatsrat mit einer derartigen Investition einverstanden?

Der Staatsrat wurde nicht im Voraus zu dieser Investition konsultiert und musste dies auch nicht. Es stimmt andererseits, dass der Bund darum bemüht ist, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss gemäss seinen Verpflichtungen, die er mit Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls eingegangen ist, zu reduzieren. Die Schweizer Elektrizitätsproduktion stützt sich jedoch praktisch ausschliesslich auf Wasser- und Kernkraft, die kein CO<sub>2</sub> produzieren. Folglich ist es nicht möglich, in der Schweiz neue Zentralen zu bauen, die mit fossilen Energieträgern betrieben werden, ohne den verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoss kompensieren zu müssen. Die Groupe E hat im Übrigen angekündigt, dass sie die Absicht hat, ein Gas-Kombikraftwerk in Cornaux (NE) am Standort eines bestehenden Kraftwerks zu bauen, dessen CO<sub>2</sub>-Emissionen vollständig kompensiert werden. In diesem Zusammenhang muss auch der Anteil der zurzeit importierten Elektrizität betrachtet werden, der wie oben erwähnt ebenfalls teilweise mit fossilen Energieträgern produziert wird. Die Beteiligung der Groupe E am Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Deutschland wird es erlauben, die langsam auslaufenden Energiezukaufsverträge auf dem europäischen Markt zu kompensieren, die Versorgungsquellen zu diversifizieren und ihre Herkunft zu kontrollieren. Paradoxerweise wird diese Beteiligung es auch erlauben, die Emissionen Deutschlands zu reduzieren, das sich ebenfalls verpflichtet hat, die Ziele des Kyoto-Protokolls zu erreichen. Die Energieeffizienz eines neuen Kohlekraftwerks liegt bei etwa 47% gegenüber 35% bei einer älteren Anlage. Auch der Einbau eines Rauchgasreinigungssystems und von Katalysatoren erlauben es, die Emissionen stark zu reduzieren.

Auf kantonaler Ebene hat der Staatsrat infolge des Postulats Crausaz / Bürgisser Nr. 320.06 über die Steigerung der eigenen Stromproduktion eine grossangelegte Analyse durchgeführt, mit der alle Möglichkeiten gesucht wurden, um den Stromverbrauch im Kanton zu reduzieren und den Anteil der eigenen Stromproduktion signifikant zu steigern. Die Resultate sollten Anfang Herbst 2008 zur Verfügung stehen und werden im Rahmen der laufenden Revision der kantonalen Energiepolitik berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang kann aber jetzt schon festgestellt werden, dass trotz einer maximalen Nutzung der kantonsinternen Ressourcen und trotz zwingender Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs, kurz- und mittelfristig leider ein grosser Teil der Stromversorgung unweigerlich durch Kraftwerke, die fossile Energieträger nutzen (hauptsächlich Erdgas oder Kohle), bzw. durch Kernkraftwerke gedeckt werden muss. Über dieses Problem muss man sich im Klaren sein, es ist allerdings bei Weitem nicht auf den Kanton Freiburg begrenzt. Der Bund muss sich gewiss demnächst über seine langfristige Sicht von der Versorgungssicherheit des Landes bezüglich elektrischer Energie aussprechen.

Der Staatsrat hat Verständnis für die Bemühungen der Groupe E, die durch ihre Beteiligung am Kohlekraftwerk von Brunsbüttel die Stromversorgung sicherstellen möchte, auch wenn diese Methode CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht.

2. Wäre es nicht besser, in die "Greenwatt" zu investieren?

Die Greenwatt AG ist eine von der Groupe E gegründete Gesellschaft. Sie ist ein unabhängiges Unternehmen, das in keinerlei Verbindung zu den Aktivitäten der Kantonsverwaltung und den Zielen der kantonalen Energiepolitik steht, auch wenn es dazu beiträgt, deren Ziele zu erreichen. Es hat zum Zweck, Projekte zu entwickeln, die auf einem

offenen Markt wirtschaftlich überlebensfähig sind und sich exklusiv auf erneuerbare Energiequellen abstützen (Wasser, Wind, Sonne, Biomasse). Sein ambitioniertes Ziel ist es, jährlich die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien um 10 GWh zu steigern, das entspricht dem Energieverbrauch von jeweils mehr als 2'500 Haushalten. Die Vorhaben der Greenwatt AG sollten zuletzt knapp 250 Millionen kWh produzieren, dies ist etwas mehr als die Jahresproduktion des Greizersees. Die von den Organen der Groupe E beschlossenen Investitionen in diese Projekte werden auf 320 Millionen Franken geschätzt.

3. Hat der Staatsrat zu diesem Engagement der Groupe E in Deutschland eine positive Stellungnahme abgegeben?

Wie bereits weiter oben erwähnt, ist die Groupe E alleine für ihre unternehmerischen Entscheidungen verantwortlich. Der Staatsrat gedenkt sich nicht direkt einzumischen.

4. Wie erklärt der Staatsrat die anscheinend plötzliche Kehrtwende des Unternehmens bezüglich seiner Prioritäten?

Es stimmt, dass physikalisch gesehen die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie vor allem von der Nähe der Produktionsanlagen abhängt, daneben aber auch von der Rohstoffversorgung. In diesem Sinne lösen die Beteiligungen der Groupe E im Ausland nur einen Teil des Versorgungsproblems, sie tragen jedoch dazu bei, die Produktionsmittel zu diversifizieren. Die Frage der Zuführung dieser Energie in die Schweiz ist immer noch abhängig vom Höchstspannungsnetz und dessen Verbindungen zwischen der Schweiz und Europa. Aus diesem Grund möchte die Groupe E auch ihr Projekt in Cornaux realisieren. In diesem Sinne gibt es keine Kehrtwende bei den Prioritäten des Unternehmens.

Freiburg, den 8. Juli 2008